

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pf. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duitsburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstell.: Seitenstraße 19 zu richten

Hymne der Arbeit.

Arbeit! Arbeit! Segensquelle;
Heil und Ehre deiner Kraft;
Die aus Finsternis die Helle,
Ebles aus Gutmethem schafft!
Aus dem Wirken quillt das Rechte,
Aus dem Schaffen keimt das Gute
Wehe, wenn die Tat erschläft!

In der müßigen Stunde Gähnen
Stirbt das letzte Fünkchen Mut,
Träge in den kranken Venen
Schleicht das böse schwarze Blut.
Tiefer Gram umwölkt die Stirne,
Wahnstimm brüht im Gehirne,
Bis das Herz im Tode ruht.

Mensch, was dich auch immer quäle,
Arbeit ist das Zauberwort,
Arbeit ist des Glückes Seele,
Arbeit ist des Friedens Port!
Deine Pulse schlagen schneller,
Deine Blide werden heller,
Und dein Herz pocht munter fort.

Wölfer! Laßt das Durren, Magen-
Neber Götendienerei;
Wollt Ihr einen Götzen schlagen,
Schlagt den Müßiggang entzwei.
Nur die Arbeit kann erretten,
Nur die Arbeit sprengt die Ketten,
Arbeit macht die Wölfer frei!
Heim. Seidel.

Gedanken und Theorien über Handels- und Wirtschaftskrisen.

III.

Mittel zur Milderung.

Die Ansichten über die Ursachen der Wirtschafts- und Handelskrisen sind verschiedene. Das ist den vor- ausgegangenen Darlegungen zu entnehmen. Nach den jeweiligen Ursachen einer Krisis richten sich die Mittel, sie abzuwenden. Ist Krieg die Ursache, so muß diese beseitigt, der Krieg eingestellt oder von vorn- herein verhindert werden. Wie schwer das zu bewerk- stelligen ist bei den gegebenen politischen Verhältni- sen, leuchtet ein. Ebenso verhält es sich bei einer Mißernte als Ursache einer Krisis. Eine solche zu mildern, dazu wäre ein Mittel die Aufstapelung von Vorräten, sowie der Austausch solcher von Land zu Land, wie er heute schon infolge der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse sich ermöglichen läßt und vollzieht. Ueber das Maß, der anzuhaltenden Vor- räte fehlt jedoch im voraus jeder Maßstab. Von wem und wo sie aufgespeichert werden sollen, darüber könnte vielleicht eine Verständigung unter den einzel- nen Ländern und Weltteilen erzielt werden, ebenso über die Deckung der Kosten dieses Verfahrens.

Das Verhältnis der Produktion und Konsumtion entsprechend zu regeln, ist, wie schon betont, eine schwierige, nie ganz zu lösende Aufgabe. In einem geschlossenen übersichtlichen Wirtschaftsgebiete wäre wohl an die Möglichkeit eines Erfolges zu glauben, nicht aber im Gebiete der Weltwirtschaft. Ganz abge- sehen von der Verschiedenheit der Völker des Erd- balls, ihrer verschiedenen, sich ändernden und fort- entwickelnden Bedürfnisse, fehlt es auch an der nö- tigen Uebersicht über die Produktionsverfahren, und an den Machtmitteln zwecks Einwirkung auf diese. Eine gewisse Regelung der Produktion läßt sich nur bemerkstelligen, wenn der Bedarf der Gesamtheit un- gefähr feststeht. Hier kann nun zur Erreichung dieses Zweckes ein Mittel ausgebaut und angewendet werden, welches der Weltwirtschaft noch ungenutzt geblieben hat:

Die Statistik.

In den modernen Kulturstaaten findet seit lan- gem eine zahlenmäßige Feststellung statt von Einzel- fällen und eine zusammenfassende Darstellung der- selben, wie auch Erhebungen und Untersuchungen über Massenerscheinungen. Seit dem Jahre 1880 hat das deutsche Reich auch handelsstatistische Aufzeichnungen. Aus den Veröffentlichungen des seit 1872 bestehenden Kaiserlichen Statistischen Amtes erhalten wir Aufschluß über alle möglichen Verhältnisse des staat- lichen und wirtschaftlichen Lebens. Es finden sich fort- laufende Aufzählungen und Notierungen über die Be- völkerungszahl, Bevölkerungsbewegung, Vieh- und Getreideproduktion, Zahl und Umfang der gewerb- lichen Betriebe und der dabei beschäftigten Personen, über den Warenanstand mit dem Auslande. Mehr- liche Nachweise liefern die Statistischen Anzeiger von Preisstatistiken, Zentralkreis, Deutsches, Italien, Rus- land usw. jeweils über die Verhältnisse des eigenen Landes.

Dazu kommen Veröffentlichungen ausgefandler Expeditionen, privater Forscher, Kaufleute usw. So wertvoll all diese Arbeiten und Beiträge für die Be- urteilung insbesondere wirtschaftlicher Verhältnisse sind, es mangelt ihnen die Einheitlichkeit und Univer- salität. Es wäre zunächst darauf hinzuwirken, daß die in den einzelnen Staaten für Anwendung kommen- den statistischen Methoden in eine gewisse Ueberein- stimmung gebracht werden. Dadurch würde ein Ver- gleich der statistischen Ergebnisse der verschiedenen Staaten ermöglicht und die Uebersicht der inter- nationalen Warenbewegung erleichtert. Von der größ- ten Bedeutung für die Volkswirtschaft erscheint eine universelle, alles umfassende Handelsstatistik, eine Statistik aller Nationen über Bevölkerungsbewegung, Produktion, Handel usw. Auf dem Wege internationaler Vereinbarungen erscheint dieses Ziel, wenn auch nur sehr schwer, so doch erreichbar. Eine dergestalt ausgeführte und umfassende Statistik würde eine un- gefährliche Uebersicht über den Bedarf, über den Waren- markt und die Produktion bieten und so eine gewisse Regelung möglich machen. Eine genaue Landwirt- schaftstatistik, überall durchgeführte Saatenstands- und Ernteschätzungen müßten dazu beitragen, den Einfall von Missernten etwa vorzusehen und die Lebensmittelversorgung zu regeln.

An dieser Stelle soll anerkannt erwähnt wer- den, daß das deutsche Reich Einrichtungen geschaffen hat, die den vorhin erhobenen Wünschen entgegen- kommen. Seit dem Jahre 1900 ist nämlich vom Reichsamt des Innern ein umfassender Nachrichten- dienst eingerichtet worden, mit dem Zweck, eine bes- sere Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, na- mentlich jener des Auslandes, den Interessenten zu übermitteln. Dazu dienen die „Nachrichten für Han- del und Industrie“. Es dürfte wohl kaum ein Land der Erde von irgendwelcher wirtschaftlicher Bedeutung geben, das nicht schon in diesem Organ behandelt worden wäre.

Was nicht aber die genaueste Statistik über die wirtschaftlichen Verhältnisse eines jeden Landes, wenn sie nicht beachtet und einzelne Länder und deren Indu- strien aus Konkurrenzgründen doch Ueberproduktion betreiben? Es liegt nahe, zu verlangen, daß dann die Regierungen der einzelnen Staaten auf eine plan- mäßige Beeinflussung des Wirtschaftslebens und der Produktion hinarbeiten. Durch seine Handels- und Wirtschaftspolitik kann jeder Staat die Konkurrenz des andern mehr oder weniger niederhalten und auch in eigenen Lande regulierend wirken. Eine solche Einwirkung kann erforderlich sein, aber sowohl auf die Konsumenten als die Produzenten recht bedenk- liche Wirkungen haben und zu einer übermäßigen hemmenden und verteuern Einwirkung des Staates in die Produktion führen. Von diesem Gesichts- punkte aus kann man nur wünschen, daß die Pro- duktion von den Produzenten selbst geregelt wird. Es gibt angesehene Nationalökonomien, welche eine solche Regelung der Warenproduktion als das allein richtige und nützlich halten. Schon im Jahre 1898

hat Professor Luis Brentano in München gelegentlich eines populär-wissenschaftlichen Vortrages ausgespro- chen, daß weder sozialdemokratische noch monarchische Beamte jemals instande sein werden, Fabriken und Unternehmungen so wie notwendig zu leiten. Den Krisen vorzubeugen, die Produktion zu regeln, könne bewerkstelligt werden im Zusammenschluß aller Pro- duzenten. Daher sei es falsch, den Unternehmerver- bänden, Trüß, Kartellen usw. Opposition zu machen.

Die Kartelle

müßten lediglich hinsichtlich ihrer Verträge, Preis der Ware und der gezahlten Löhne, durch die Handels- ministerien kontrolliert werden. Neben dem indivi- duellen Eigentum der Industriellen werde die freiheit- liche Entwicklung auch der wirtschaftlich Schwachen geschützt und durch sie die Regelung zwischen Ange- bot und Nachfrage in der schönsten Art hergestellt. Brentano verfuhr dabei nicht, auf die Mißbräuche der Kartelle, unwillkürliche Preissteigerung usw. zu ver- weisen. Aber, fragt er, sind jene Mißbräuche denn wirklich unüberwindlich? Das eben verfloßene Jahr ist in dieser Beziehung ganz besonders beachtenswert mit dem großen englischen Kohlenkrieg. Eine große Ueberproduktion hatte stattgefunden, die Kohlenpreise waren gesunken, die Grubenbesitzer wollten die Löhne herabsetzen, um sich schadlos zu halten, die Arbeiter aber wollten zu herabgesetzten Löhnen nicht arbeiten, da diese unzureichend seien zum Unterhalt. Und so wiederholten sie ihren Vorschlag, die Grubenbesitzer möchten doch vermöge ihrer Koalition die Produktion an den Bedarf anpassen, um so die Preise auf einer Höhe zu halten, die ihnen ausreichenden Gewinn und den Arbeitern menschenwürdigen Lohn verschaffe. So lange der Vorschlag von den Arbeitern ausging, wurde er als Phantasmagorie (Trugbild, Schwindel) ver- achtet, aber diese Beurteilung änderte sich, als gegen Ende des Auslandes einer der größten Grubenbesitzer Englands, Sir George Elliot, als das einzige Mittel gegen die Wiederkehr einer Krisis ein Kartell sämtlicher englischer Grubenbesitzer bezeichnete, das durch planmäßiges Anpassen an den Bedarf einer Ueberproduktion und ihrer Folgen vorbeugen sollte. Da er aber die herkömmlichen Mißbräuche kannte, brachte er gleichzeitig Maßregeln dagegen in Vorschlag. Um das Publikum vor Ausbeutung durch übermäßige Preissteigerung zu bewahren, sollte keine Preisbehö- rung über eine gewisse Grenze ohne Genehmigung des Handelsministeriums stattfinden, und um die In- teressen der Arbeiter zur Geltung zu bringen, sollten die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft an der Festsetzung aller Arbeitsbedingungen teilnehmen.

Prof. Brentano fügte dem bei: Vergewaltigen wir uns aber einmal ein Kartell, auf solcher Basis organisiert, so zeigt es uns die unstrittigsten Vorzüge vor allen staats-sozialistischen und sozialdemokrati- schen Problemen. Bei solcher Kartellierung der In- dustriezweige bleibt das Selbstinteresse der Produ- zenten und ihre Wirtschaft für eigenen Gewinn oder Verlust nach wie vor die Grundlage der Wirtschafts- organisation; nicht etwa besoldeten Beamten wird die Produktion überantwortet, es besteht auch nicht die Gefahr, daß die Volkswirtschaft in routinemäßi- gem Schlandrian denselben oder schlimmeren Missstän- den als bisher entgegen geht; sobald wird den ande- ren Grundbedingungen unserer heutigen Wirtschafts- organisation, der Verflechtung unserer Betriebe in die Weltwirtschaft, Rechnung getragen; sei es durch internationale Abmachungen, sei es durch besondere Deckungssystem der Produktionskosten; es werden die Lebensbedingungen unserer auf die Ausfuhr an- gewiesenen Bevölkerung berücksichtigt.

Professor Adolf Wagner hat sich vor einiger Zeit in ähnlicher Weise ausgedrückt. Er sagte: Die regel- lose Produktion ist tatsächlich vom Uebel; dieselbe wird durch die Kartelle zu bekämpfen gesucht, und zwar mit nicht zu bestreitendem Erfolge. Ein weiterer Vorteil der Kartelle ist für die Arbeiter besonders wichtig. Ist Produktion und Absatz regelmäßig, sind die Preischwankungen geringer, so haben wir auch eine regelmäßige Beschäftigung für die Arbeiter und

regelmäßige Lohnverhältnisse. — Die Mühsal der Starkele einzubringen werden andererseits

Vereinigungen der Konsumenten

als geeignet erachtet. Wilhelm Werharm-Berlin sagt in einem Artikel in der wissenschaftlichen Zeitschrift der „Allg. Ztg.“ vom 28. Dezember 1897: Es wird niemals einen stärkeren Kampf gegen etwaige Herrschaftskräfte der kartellierten Produktion geben, als ein gleich starkes Syndikat von Konsumenten, welches in der Möglichkeit der eigenen Produktion ein unübersteigliches Mittel besitzt, jedes in der Diktierung seiner Preise über die gerechten Grenzen hinausgehende Unternehmertum in seine Grenzen zurück zu weisen. In ähnlicher Weise äußerten sich auch andere Volkswirtschaftler. Prof. W. John, Innsbruck, z. B. kämpfte in einem 1900 veröffentlichten Vortrage die Kartelle und Ringe der Produzenten; er sieht die künftige Entwicklung darin, daß Konsumentengesellschaften selbst die Produktion leiten.

Auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, Mannheim 1905, hat Geheimrat Kirchhoff, einer der größten Unternehmer Deutschlands, ebenfalls der Gruppe der Abnehmer, Konsumenten, die Kartellierung angeraten. Einer dritten Gruppe, welcher der englische Unternehmer Elliot volle Bewusstheit widerfahren ließ, (Nichtnahme der Arbeiterorganisationen bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen) wollte Kirchhoff das Recht, sich zu kartellisieren, sich zu vereinen, nicht zu erkennen, nämlich: den Arbeitern. Professor Wagner hat recht, wenn er sagt: Man muß auch der Gruppe der Arbeiter zugestehen, daß sie sich organisieren darf, daß, wie bei der Produktion Angebot und Nachfrage kartellisiert sind, wie die Nachfrage nach Arbeit kartellisiert ist, sich auch das Angebot der Arbeitskraft organisieren soll. Das sind auch die Forderungen aller fortgeschrittenen Sozialpolitiker, schon aus dem Grunde, weil starke Arbeiterorganisationen an sich schon produktionsregelnd und krisenmildernd wirken. S. P.

Arbeitslosenversicherung und Scharfmachertum.

Angesichts der vermehrten Arbeitslosigkeit infolge der gegenwärtigen Krise erhallt der Ruf nach einer Versicherung gegen die Folgen dieser Krise mit größerem Nachdruck. Durch die Not der Tatsachen und den Druck der öffentlichen Meinung können die maßgebenden Faktoren — Reich, Staat und Gemeinde — auf die Dauer nicht daran vorbeikommen, der Frage ernstlich näher zu treten. Verschiedene Städte, wie Straßburg, Köln u. s. w. haben schon praktische Versuche in der Richtung gemacht und für den Bereich ihrer Gemeinden eine — wenn auch noch unvollkommene — Versicherung gegen Arbeitslosigkeit geschaffen. In der vorigen Nummer dieser Zeitung wurde mitgeteilt, daß auch jetzt die bayerische Staatsregierung dem Problem näher getreten ist. Der Stein ist im Rollen und wird nicht mehr zur Ruhe kommen, bis die Frage der Lösung näher gebracht ist.

Diese Bestrebungen haben aber, wie alle sozialen Maßnahmen zum Heilen der Arbeiterbevölkerung, die Scharfmacher mobil gemacht, die sich jetzt mit aller Macht gegen den Gedanken einer durchgreifenden Regelung der Arbeitslosenfrage zur Wehr setzen. Wer die deutschen Scharfmacher auch nur oberflächlich kennt, wird darüber kaum verwundert sein. Weiterbildende Unternehmerrührer sehen allerdings ein, daß trotz alledem etwas in dieser brennenden Frage geschehen wird und geschehen muß. Deshalb suchen sie als kluge Leute vorzubauen und die Entwicklung der Dinge in ihrem Sinne zu beeinflussen. Wenn schon, denn schon; ist die Arbeitslosenversicherung nun einmal nicht abzuwehren, dann soll sie wenigstens so beschaffen sein, daß auch die Unternehmer ihr Sapp-

ten Fabel fuchen können. Das ist der Gedankengang der Scharfmacher, der in einem (schon in voriger Nummer erwähnten) Artikel der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ Nr. 46 drastisch zum Ausdruck kommt. Im Anschluß an eine Kritik des bayerischen Vorgehens gibt das Unternehmen vor, nochmals seine grundsätzliche Stellung zur Frage der Arbeitslosenversicherung in folgenden Ausführungen wieder:

„Daß die Schwankungen der wirtschaftlichen Konjunktur zeitweise die Arbeitslosigkeit mehr oder minder beeinträchtigen, wird niemand leugnen. Und ebenso steht es fest, daß ein großer Teil der von solcher Verminderung der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter nicht in der Lage ist, sich an seinem bezüglichen Aufenthaltswort aus eigener Kraft während der unheilvollen Wunde zu erhalten. So stellen diese Elemente bisher entweder der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last, oder sie bezogen, falls sie irgend einer Organisation angehörten, von dieser die nötigsten Existenzmittel. Die erstere Eventualität kann als ein befriedigender Zustand sicher nicht gelten. Was dagegen den zweiten Fall anlangt, so wird die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung unstrittig dahin führen, daß die Arbeiter mehr und mehr den Organisationen beitreten, und hieraus wieder werden den Arbeitgebern allmählich Schwierigkeiten erwachsen, weil mit der größeren Macht der Gewerkschaften selbstverständlich auch die Streiklust zunimmt. Ein Ausweg aus diesem Dilemma wäre nun darin zu erblicken, daß einerseits die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ganz und gar auf die Unterstützung durch ihre Organisation verzichten werden, daß aber für die bisher nichtorganisierten Arbeiter behördlicherseits Zwangspartassen errichtet werden, aus denen sie erst dann emulumente zu bestehen haben, wenn es sich zeigt, daß sie in der Tat niegenügend Arbeitsgelegenheit finden können. Nicht ausgeschlossen soll bleiben, daß aus Staatsmitteln gewisse Beiträge zur Schaffung der für die Klassen nötigen Unterlagen einmalig abgegeben werden. Unter keinen Umständen aber darf es dazu kommen, daß man die Arbeitgeber und die nichtberechtigten Bevölkerungsteile zu Besten in Anspruch nimmt. Für diese Art werden zum ersten die Arbeiterverbände sich gezwungen sehen, den Löwenanteil ihrer Einnahmen zu charitativen Zwecken, anstatt wie bisher zu Streikzwecken zu verwenden. Zum zweiten würde der Neigung der ländlichen Arbeiter zur Abwanderung in die Städte durch die Besteuerung seitens der Zwangspartassen sicherlich Abbruch geschehen. Und zum dritten wäre hiermit auch eine Handhabe für die Ueberfischung der versicherten Arbeiter horthin geboten, wo sich dauernd Bedarf an Arbeitskräften bemerkbar macht; vor allem also auf dem flachen Lande. Schon wiederholt haben wir darauf verwiesen, daß von einer „Arbeitslosigkeit“ im eigentlichen Sinne des Wortes so lange nicht die Rede sein kann und darf, als sich für den deutschen Arbeiter irgendwo im Reich noch irgendwelche Arbeitsgelegenheit findet.“

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ muß also zunächst selbst eingestehen, daß der bisherige Zustand nicht als ein befriedigender gelten kann. Aber — und da kommt sofort wieder der Abneigung und Feindschaft gegen die Arbeiterorganisationen zum Vorschein — die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung würde dahin führen, daß die Arbeiter noch mehr den Organisationen beitreten, und das stößt allen Scharfmachern ein Grauen ein. „Machtvolle der Gewerkschaften“ würde steigen, „Streiklust“ selbstverständlich zunehmen, so behauptet das Sprachrohr der deutschen Arbeitgeberverbände. Diese Leute haben die Geschichte und Entwicklung der Arbeiterbewegung entweder gar nicht oder nur sehr oberflächlich studiert, sonst könnten und müßten sie wissen, daß mit der zunehmenden Machtvolle der Gewerkschaften auch die Verantwortung wächst und Streiks erfahrungsgemäß seltener werden. Die englische Gewerkschaftsbewegung wie auch diejenige der Gewerbebezirke Deutschlands, in denen die Arbeiter heute schon zum weitestgrößten Teile organisiert sind, bilden lebende Beispiele und Beweise dafür.

Schlau berechnete Scharfmacherei aber ist der „Ausweg“, den die „D. A.-Ztg.“ gefunden hat, um die Gewerkschaften als Träger einer Arbeitslosenver-

sicherung auszuscheiden. Nach ihrem Vorschlage soll das so gemacht werden: die Mitglieder der Gewerkschaften werden diesen allein aufgelassen, für die übrigen Erwerbslosenorganismen aber soll seitens des Staates gesorgt werden. Dieser Staat soll für diejenigen Arbeiter, die ihre Standespflichten beharrlich vernachlässigen, unorganisiert sind, „Zwangspartassen“ errichten und — nun kommt das schönste — auch noch Liebesgaben aus Staatsmitteln für diese Kategorie von Arbeitern bewilligen. Nämlich „gewisse Beiträge zur Schaffung der für die Klassen nötigen Unterlagen“, wie die „D. A.-Ztg.“ es nennt. Das wäre ja nichts anderes als eine staatliche Belohnung des Indifferenzismus.

Gegen eine solche Zurücksetzung der Organisationen und offenstichtliche Bevorzugung der Indifferenten würden alle organisierten Arbeiter wie alle rechtschaffenden Staatsbürger einmütig Protest erheben. Das wäre wirklich noch schöner. Aus Staatsmitteln, die hoch auch noch aus den Steuern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bestehen, sollten den Unorganisierten auch noch besondere Zuwendungen gemacht werden. Den Gewerkschaften aber sollten möglichst viele Arbeitslose aufgelassen werden — und das Geschäft verstellen die Scharfmacher ja bekanntlich sehr gut — damit sie gezwungen wären, „den Löwenanteil ihrer Einnahmen zu charitativen Zwecken anstatt wie bisher zu Streikzwecken zu verwenden“. Eine Arbeitslosenversicherung nach dem Plane der „D. A.-Ztg.“ würde somit nicht nur auf eine Ausschaltung der Gewerkschaften, sondern auch noch auf eine finanzielle Schwächung derselben hinauslaufen. Ein solcher Plan, der dem Erfindungsgeist des Scharfmachertums alle Ehre macht.

Nun sind die Verhältnisse ja so gelagert, daß diese Scharfmacherpläne vorerst eben nur „Pläne“ sind, die wenig Aussicht auf Verwirklichung haben. Aber es wäre falsch, wenn die Arbeiter untätig blieben, und den Einfluß des Scharfmachertums unterschätzen würden. Wir haben die Pflicht, in dieser wichtigen Frage, auf dem Posten zu sein und unsere Stimme laut zu erheben. Wir fordern vom Staat und den Gemeinden, daß sie für die Opfer der Arbeitslosigkeit sorgen.

Es ist das schwerste und traurigste Los, das einen Arbeiter und seine Familie treffen kann, wenn er bereit und gewillt ist, seinen Unterhalt zu verdienen und nirgends Arbeitsgelegenheit finden kann. Die Arbeitslosenfürsorge darf aber niemals den Charakter der Wohlthaten oder Almosen tragen, sondern es muß eine Form gefunden werden, die nichts demütigendes und nachteiliges für die Betroffenen im Gefolge hat.

Die Gewerkschaften — wenigstens der größte Teil — haben als Bahnbrecher auf diesem schwierigen Gebiete vorgearbeitet und für ihre arbeitslosen Mitglieder der Fürsorge getroffen. Nur auf ihren Schultern oder im engsten Anschluß an sie kann diese Frage einer befriedigenden Lösung entgegen gebracht werden. Das werden die in Betracht kommenden Faktoren niemals übersehen dürfen. Das Vorgehen der bayerischen Regierung nach der Richtung hin kann allen anderen Bundesstaaten und den Gemeinden als nachahmenswertes Beispiel dienen. Eine Arbeitslosenversicherung ohne die Gewerkschaften würde nur Fiktion sein. Gegen die Gewerkschaften aber würde sie unzulässig sein. Mit diesem Gedanken werden sich auch die Gegner dieses Versicherungszweiges abfinden müssen.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat Oktober 1908).

Metall- und Maschinenindustrie.

In der Rohelienzerzeugung haben sich die Verhältnisse nach dem Berichte des Rohelien Syndikats nicht geändert. Die Preise für nährstoffreiche Düngemittel sind

Vom Egoismus.

Der Selbsterhaltungstrieb ist wohl der stärkste aller Triebe. Er nötigt uns, Speise und Trank zu uns zu nehmen, uns zu kleiden, durch Haus und Wohnung gegen Unbill des Wetters zu schützen, gegen Angriffe uns zu wehren und selbst gegen den Tod unser Leben zu verteidigen.

Die direkte Folge dieses — leider nicht immer edlen — Triebes, ist der Egoismus, welcher wirklich der eigentliche Grundzug unserer ganzen Tätigkeit ist; ja selbst die hohen Ideale der Liebe und Freundschaft haben ihren Ursprung im Egoismus, er ist durchweg der Hebel unserer Begierden, Gutes zu tun, selbst dort noch, wo wir am selbstlosesten zu handeln glauben, ist er die mehr oder minder verborgene Triebfeder. Der Egoismus unterscheidet sich nun wohl in verschiedene Arten, er kann verwerflich bis zum äußersten, aber auch edel und gerecht sein.

Bekanntlich gibt es Menschen, die bei allem was sie tun und erstreben, nur ihr eigenes „Ich“ im Auge haben, deren Sinn nur darauf gerichtet ist, sich selbst am meisten zu nützen, wobei sie rücksichtslos die heiligsten Rechte ihrer Mitmenschen mit Füßen treten. Solche Egoisten können mit anderen an einem Plane arbeiten, denselben Ziel entgegenstreben, tächtlich und anerkennend

wert schaffen — aber nur um ihrer selbst willen. Sie sind Streber, welche nur sich selbst als Ziel vor sich sehen, und um der Selbstüberhebung willen sich dazu erniedrigen, andere zu überbortellen, zu hintergehen und auszunutzen. Will etwas nicht, wie gehofft, gelingen, wird nicht scheitern, nach unredlichen Mitteln zu greifen, um sich auf Kosten anderer zu erheben, sich unredlicher Weise das anzueignen, was andern gehört, wo andere Teil daran haben.

Der verwerfliche Egoismus bringt hervor: unbedingten Ehrgeiz, Selbstüberhebung, Hochschätzung der eigenen und Geringschätzung der Arbeit und Leistung anderer, Neid, Mißgunst, Zug, Betrug, rücksichtslose, verächtliche und terroristische Behandlung gegen den Mitmenschen und noch mehr der unrahmlichen Eigenheiten. Das zeichnet die Egoisten dieser Art; ihr Lohn ist aber doch stets ihrem Handeln. Eine ideale Schaffensfreude kennen diese nicht, ebensowenig die wohlige ruhige Zufriedenheit, die in dem innern Stillen Glück der Mächtigkeit gegen andere liegt. Die Lust am Leben ist da niedriger, untergeordneter Art, oder in gewissem Sinne auch oft ganz verloren. Solche Eigenschaften rauben gänzlich den innern Frieden des Menschen. Der Egoist sucht für seine Mitmenschen eben nichts, ihnen Liebe und Herzlichkeit zeigen vermag er nicht, wodurch er sich selbst und die Liebe, Ruhe, Ein-

ung und Achtung anderer verunruhigt macht. Einseitig, verbittert, ungeliebt, ungeschätzt und unzufrieden mit sich selbst und mit allem, zieht er seine Bahn.

Der Egoist des anderen Schicksales sieht die gleichen Ziele wohl vor sich, wonach jener strebt, doch nimmt er auch auf andere Rücksicht, welche einen Platz an der Sonne wünschen; in Freundschaft und Rechtchaffenheit strebt er Seite an Seite mit anderem dem Ziele entgegen, er freut sich, andere zu unterstützen, ihnen seine Kräfte leihen zu können, damit auch diese mit ihm ans Ziel kommen.

Die Kräfte anderer auszubeuten, ist ihm unmöglich und zuwider. Immer wird er es über sich bringen, seinen Mitmenschen zu terrorisieren oder aus irgend einem Grunde ihn gar aus Brot und Arbeit zu drängen fallieren. Gegen die Mitmenschen hilfsbereit, freundlich und gefällig, findet er ungeachtet deren Liebe, Gutmütigkeit und Wertschätzung, ungegen dem schmutzigen Egoisten aus seinem Tun nichts als Verachtung und gar Haß erwacht, was ihm das Leben verbittert und arm macht, ohne daß er den eigentlichen Grund für seine Forderung erkennt. Er sieht nicht ein, daß man nicht Gold für Straßentaub eintauschen kann. Nur wer selbst auch Freundschaft, Gefälligkeit und Liebe erzielen kann, hat gleiche Gegenleistungen zu erwarten. Der gute Egoist muß das hohe Glück innerer Befriedigung zu schätzen.

um weitere 10 Mt., also im ganzen um 20 Mt. gegen die laufenden Preise gesunken.

Was die Stahl- und Eiswerke betrifft, so waren nach dem Berichte des Stahlwerksverbandes die Vormonatswerte im Oktober im gleichen Grade wie im Vormonate beschäftigt; ebenso dürfte der Versand dem des Vormonats gleichkommen. Gegenüber Oktober 1907 war die Beschäftigung schwächer, das gleiche gilt für den Versand. Wie aus Oberberichten berichtet wird, war der Geschäftsgang in Walzwerken gut, in Oberbau- und Zementwerken jedoch schlecht, eine Erholung, die auf die geringe Mautfähigkeit zurückgeführt wird.

Die Blechwalzwerke hatten, wie im Vormonate, recht schwach zu tun, die Abnehmer beobachteten eine große Zurückhaltung, da sie noch ein weiteres Herabgehen der Preise vermuten. Die vorhandenen Arbeitskräfte reichten aus.

In den Eisengießereien trat kaum eine Kontraktion ein. Nach wie vor wird über die mangelnde Mautfähigkeit, Zurückhaltung der Städte, Gemeinden, Privatpersonen und Händler, die auf billigere Preise hoffen, geklagt. Das Angebot an Arbeitern war vielfach größer, als die Nachfrage. Bemerkenswert ist, daß auf Grund der vorliegenden Berichte die Lage in Süddeutschland etwas zufriedener war, als in Norddeutschland.

Die Drahtindustrie war auch in diesem Monate nicht ausreichend beschäftigt, so daß stellenweise die Arbeitszeit verkürzt werden mußte. In Nordwestdeutschland herrschte ein Ueberangebot von Arbeitskräften.

In der Remscheid-Kleinfabrikindustrie war die Lage noch immer schlecht, in den meisten Betrieben wird mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Nur die Schiffschiffabriken sind, wie alljährlich um diese Zeit, gut beschäftigt, weil die Aufträge vor Eintritt des Winters erfüllt sein müssen; ungewisselhaft liegt ein Ueberangebot von Arbeitskräften vor.

Der Beschäftigungsgrad in der Fabrikation von Schrauben, Muttern und Meten war nach dem Bericht aus Breslau schwächer als im Vormonate.

Die Lage im allgemeinen Maschinenbau war nach dem Bericht der vorliegenden Berichte immer noch zufriedenstellend, wie in den Vormonaten. Geklagt wird jedoch, insbesondere in den Betrieben aus Norddeutschland, über mangelnden Auftragszufluss.

Auch in den Dampfmaschinen- und Armaturwerkstätten war der Beschäftigungsgrad im allgemeinen noch ausreichend, wenn auch stellenweise, insbesondere in Mitteldeutschland, gegen den Vormonat eine Verschlechterung eintrat. Die Betriebe für landwirtschaftliche Maschinen hatten, der vorgerückten Jahreszeit entsprechend, immer noch gut zu tun; die alljährlich um diese Zeit eintretende Verschlechterung erklärt sich durch die Verabfolgung der Erntearbeiten. Die Arbeitskräfte reichten im wesentlichen aus.

Die Betriebe, die Maschinen für die Zuckerindustrie herstellen, klagen immer noch über die Zurückhaltung der Abnehmer. Dasselbe gilt in erhöhtem Maße für die Mehrzahl der Handwebstuhlfabriken. Die Betriebe, die maschinelle Anlagen für den Kohlenbergbau einrichten, hatten stellenweise gleichfalls einen Rückgang an Aufträgen zu verzeichnen.

Der Eisenkonstruktionsbau war nach dem Bericht aus Bayern gut beschäftigt. Aus dem Bräudenbau lauten die Berichte vertrieben; stellenweise war die Beschäftigung noch genügend, wenn auch weniger gut als im Vorjahre, stellenweise jedoch schwach.

Der Lokomotivbau hatte im Vergleich zum Vormonat und Vorjahre immer noch gut zu tun. Das in

gebote an Arbeitskräften überstieg, wie aus München und Röhlsberg i. Br. berichtet wird, die Nachfrage.

Im Eisenbahnwagenbau machte sich, wie im Vormonate, teilweise ein Rückgang der Bestellungen bemerkbar; das Angebot an Arbeitskräften reichte überall aus. In Glin, Degg, Nürnberg, Görtz und Breslau herrschte ein Ueberangebot von Arbeitern.

Elektrische Industrie.

In den Betrieben für Dynamomaschinen, Elektromotoren und Akkumulatoren usw. trat den Berichten zufolge keine Änderung gegenüber den Vormonaten ein, die Lage war teils gut, teils mittelmäßig, fast überall jedoch schlechter als im Vorjahre. In Berlin herrschte nach wie vor ein Ueberangebot an Arbeitern.

Die Berichte aus den Betrieben, die Kabel und Isoliermaterialien herstellen, lauten nicht einheitlich. Teilweise lag der Geschäftsgang wesentlich nach, teilweise war er noch gut. Fast überall zeigte sich ein starkes Ueberangebot an Arbeitskräften.

Die Fabrikation elektrischer Messungsartikel war im wesentlichen zufriedenstellend beschäftigt.

Dasselbe gilt für die Betriebe, die elektro-mechanische Apparate herstellen.

Was die Herstellung elektrischer Meßinstrumente betrifft, so berichtet ein sächsischer Großbetrieb eine Abflauung des Geschäftsganges; vor allem ging die Ausfuhr nach dem europäischen Ausland zurück.

Die Telephon- und Telegraphenwerke hatten nach den vorliegenden Berichten befriedigend zu tun, besonders in Groß-Berlin waren die Arbeitskräfte reichlich vorhanden.

Die Beschäftigung der Fabriken für elektrische und galvanische Kohlen war wie im Vormonat und Vorjahre gut, wenn gleich ein gewisser Minderbedarf der Industrie sich teilweise bemerkbar machte. Das Angebot an Arbeitskräften überstieg vielfach bei weitem die Nachfrage.

Unfallgefahr — Arbeiterlöhne.

Zu der Monatskorrespondenz der sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland schreibt Herr H. J. Mumm folgendes:

Dem furchtbaren Grubenunglück auf Rabbob fielen 360 Bergleute zum Opfer. Es ist das größte Unglück, das die Deutsche Wirtschaftsgeschichte kennt. Aber viel furchtbarer noch wie diese einzige Ziffer sind die Ziffern der Deutschen Unfallversicherung. Man muß in Wahrheit sprechen von einem Schlachtfeld der Arbeit; auf Grund der amtlichen Ziffern steht fest, daß allein im Jahre 1906 9141 Arbeiter im Deutschen Reich in versicherungspflichtigen Betrieben durch Unfälle getötet worden sind, die 19161 Hinterbliebene hatten. Die Ziffer ist größer als die eines der Vorjahre, aber auch in den vorangehenden Jahren sind die Ziffern ähnlich hoch. In den 10 Jahren von 1897 bis 1906 kamen im Deutschen Reich im Gebiete der Unfallversicherung 83 758 Menschen zu Tode. In jedem Jahre sterben also eines gewaltigen Todes losel wie in einer großen Schlacht und seit dem Frankfurter Frieden sind weit mehr Arbeiter in den Betrieben gefallen, als 1870/71 Soldaten und Offiziere im Kriege.

Diese Tatsache zeigt auf das Beste, wie wenig das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern als ein reines Geldverhältnis aufgefaßt werden kann. Für Geld stirbt man nicht. Nur der Sinn, der das irdische Leben nicht für der Güter höchstes ansetzt, kann solche Ziffern anhören, ohne für Vernichtung unseres ganzen Industri-

ellen und bergbaulichen Betriebes einzutreten. Aber auch solchen Ziffern erwidert auch die Verpflichtung, alles zu tun, was nur irgend möglich ist, um die Lage des Arbeiterstandes zu bessern und die Unfälle zu vermindern. Aus dieser steigenden Ziffer folgt auch das Bedenken, gegen die starke Verwendung ausländischer Arbeitskräfte, die eine sehr geringe Bildung, aber, soweit sie von Osten kommen, eine Vorliebe für den Trunk haben und die ohne Zweifel für sich selbst und für andere die Unfallziffer erhöhen. Wir haben eine Million ausländischer Arbeitskräfte im Deutschen Reich, soweit die Schätzung für das Jahr 1908 reicht. Die letzten Debatten des Reichstages über die Arbeitslosigkeit und die betrübende Ziffer von 40 124 Arbeitslosen in Groß-Berlin erwecken das Verlangen, daß nicht ausländische Arbeiter vorzugsweise Brot finden, während Hunderttausende deutscher Arbeiter müßig am Marais sitzen und in Gefahr sind, einem elenden Landstreichertum zu verfallen.

Mit Recht sagte Dr. Nägels im Reichstage, zu dem Schutz der nationalen Arbeit müsse der Schutz der nationalen Arbeiter hinzutreten und die christlich-nationalen Arbeiterbewegung, wird gewiß nicht verfehlen, die Notwendigkeit der Weiterführung der sozialen Reform zu betonen. Haben wir doch in den Gruben noch nicht einmal Arbeiterkontrollen, wie die Arbeiterschaft sie zu bringen fordert. Dagegen hat gerade an der Spitze der Gewerkschaften das System der schwarzen Liste in einer Weise ausgebildet, die tiefe Verbitterung unter der Arbeiterschaft hervorruft. Denn diese Listen, die Tausende von Arbeitern für Monate hinaus brotlos machen, kommen zustande in der Weise, daß Ankläger und Richter eine Person ist. Der verwerfliche Kontraktbruch wird auf diese Weise nicht ausgerollt. Da wäre ein geordnetes Zusammenwirken der organisierten Arbeiter mit den Arbeiterorganisationen erforderlich. Doch dazu kann man sich leider auf Seiten der Grubenbesitzer noch nicht verstehen.

Dagegen schreiet in Evangelischen Kreisen die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften immer weiter vor, und wie wir hören, hat auch der Westfälische Hauptverein des Evangelischen Bundes sich freundlich zu den christlichen Gewerkschaften gestellt. Mit ihrer Arbeitslosenversicherung aber helfen diese Verbände sehr vielen ihrer Angehörigen über die jetzige Zeit wirtschaftlichen Niedergangs hinweg und tun dadurch in voller kassenmäßiger Ordnung ein Werk, das im Sinn christlicher Barmherzigkeit nur Billigung finden kann.

Anlagen zur Herstellung elektrischer Motoren.

Der Bundesrat hat wärem 6. Mai 1908 Vorschriften erlassen über die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei oder Bleiverbindungen; sie sind dem Reichstage am 5. November zur Kenntnis gebracht worden. Danach müssen die Arbeiter Räume, in denen solche Akkumulatoren hergestellt werden, mindestens 8 Meter hoch und mit Fenstern versehen sein, welche eine ausreichende Lüftung ermöglichen. Der Fußboden muß so beschaffen sein, daß er kein Wasser durchläßt. Die Wände und Decken der Räume sollen mit einer glatten, abwaschbaren Beschichtung oder mit einem Gipsputz versehen sein, andererseits sind sie mindestens einmal jährlich mit Kalk wach zu beschreiben. Sodann wird bestimmt:

Die Schmelzöfen für Blei sind mit geeigneten, im Innern aus Eisen oder in einem Schornstein mündenden Abzugsvorrichtungen (Fangtrichtern) zu überbeden.

Wo eine maschinelle Bearbeitung der Bleipfatten (Gitter oder Rahmen) durch Bandsägen, Kreisfräsen, Hobelmaschinen oder dergleichen stattfindet, muß durch geeignete Vorrichtungen zunächst dafür Sorge getragen werden, daß abgerissene Bleiteile und Bleistaub unmittelbar an der Entstehungsstelle abgefangen werden.

Apparate zur Herstellung von metallischen Bleistaub müssen so abgedichtet und eingetrichtert sein, daß weder bei dem Herstellungsverfahren noch bei ihrer Entleerung Bleistaub entweichen kann.

Das Sieben, Wägen und Anfeuchten der zur Fällung der Platten dienenden Masse, sofern sie Blei oder Bleiverbindungen enthält, das Abziehen der aus Papier oder dergleichen bestehenden Platten von den getrockneten Platten sowie alle sonstigen mit Staubeinwirkung verbundene Handlungen mit der trockenen oder getrockneten Füllmasse dürfen nur unter wirksamen Abzugsvorrichtungen oder in Apparaten vorgenommen werden, welche so eingerichtet sind, daß eine Verstäubung nach außen nicht stattfinden kann.

Geöffnete Behälter mit Bleistaub oder Bleiverbindungen sind auf einem Hofe und mit diesem auf einem ringum mit Rand versehenen Unterfasse so aufzustellen, daß bei der Entnahme aus dem Behälter verkreuzte Stoffe in dem Unterfasse aufgefangen werden.

Die folgenden Vorrichtungen:

- a) die maschinelle Bearbeitung der Bleipfatten, Gitter oder Rahmen.
- b) die Herstellung metallischen Bleistaubs,
- c) das Herstellen und Wägen der Füllmasse, soweit es maschinell erfolgt,

müssen je in einem besonderen, von anderen Arbeitsräumen getrennten Räume aufgestellt werden.

Die Maße, auf denen die Füllmasse in die Platten

weiches aus dem Bewußtsein entspringt, anderen genügt, vor Schaden bewahrt, in der Not geholfen und dabei deren Liebe und Hochachtung verdient und erworben zu haben.

Augenscheinlich hat man in unserer Zeit wenig Verständnis für solche ideale Auffassungen. Im sozialen Leben von heute ist es oben der schmutzige Egoismus, der die Hauptquelle so vieler Uebel unserer Zeit gebiert. Der gute Egoismus überbrückt Klüften und macht Gegensätze verschwinden, wogegen der Egoismus die Klüften erweitert, Gegensätze verschärft und dadurch die Unzufriedenheit nährt, Haß und Zwietracht sät, kurz, stetig neues Unheil zengt. Erwäge man den Verkehr mit dem Nächsten doch stets, ob die Behandlung, welche wir dem Nächsten angedeihen lassen, im umgekehrten Falle uns selbst auch angenehm sein würde.

Fügen wir nicht anderen zu was man nicht mag, das man uns tue.

Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung, aber diese echte Selbsterkenntnis soll eine recht schwierige Wissenschaft sein. Wie gern und voreilig legen wir oft den Diagnosen aus Tun des Nächsten, wogegen wir selbst es ungern hören, wenn von anderer Seite, auch in jarter Form nur, an uns etwas gerügt wird. Mildernde Umstände blägen wie dem Nächsten nicht zu, finden es angemessen, wenn er gelegentlich von uns Rücksichtnahme

auf seine heiligen Rechte verlangt, während wir für uns das Weltliebendste heranziehen, um für unser Tun mag es noch so unrecht und verwerflich sein, tausend Entschuldigungsgründe zu stipulieren. Warum dieses zweierlei Maß? Weil wir Egoisten sind, die nicht mit demselben Maße messen, womit wir vom Nächsten gemessen sein wollen. Der edle selbstlose Egoismus hat immer einen Ueberfluß an Kraft zur Betätigung von Nächstenliebe und eben diese Betätigung wirkt rückwirkend auf ihren Ausgangsort, den goldig verklärten Schimmer jelligen Friedens und Empfindens, wogegen der mehr herzlose Egoist nichts findet als Trost, Born und kalte Verachtung.

Dringt mal ein Wort aus Freundes Munde Dir schmerzlich in dein Herz hinein, Vergiß ihm doch zur selben Stunde; Wie kannst' ihm lange böse sein? Suche gleich in Deinem Herzen Den Grund zu seinem raschen Wort, Dann verdränge alle Schmerzen Und bleibe Freund ihm immerfort. Suchst' Glad du in der Welt Gerüche? Soll's wunderbar in dir erblüh'n? Dann muß in opferfreud'ger Liebe Dein Herz für deinen Nächsten glüh'n.

Haben Kräfte gegeben, trotz aller Widerstände, die sie gefunden. Wir gehen unsern Weg ruhig voran und auch ein Klepper wird uns auf die Dauer nicht hindern können."

Der Sprachenparagraf des neuen Vereinsgesetzes

Hat den Reichstag in der Sitzung vom 25. November beschäftigt. Unkläglich der Debatte über das Grubenungsgesetz auf Begehr kamen mehrere Redner auf die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes in Preußen zu sprechen, u. a. auch die Abg. Kollegen Wiebeberg und Schiffer. Letzterer führte folgendes aus: "Eine große Rolle spielt bei allen diesen Dingen auch der Sprachenparagraf des Vereinsgesetzes. Der Abg. Gothein hat sich bitter darüber beklagt, daß die vom Staatssekretär feierlich abgegebene Zusage, daß Arbeiterorganisationen nicht unter den Sprachenparagrafen fallen sollen, in Preußen nicht erfüllt worden sei. Wir, die wir die preussische Regierung kannten, wir haben uns auf diese Erklärung des Staatssekretärs nicht verlassen, und es wäre von den Freunden des Abg. Gothein klug gewesen, wenn sie sich uns angeschlossen hätten. Tausende von fremdsprachigen, zum Teil ausländische Arbeiter, werden von den Behörden in die Industriegebiete gelockt und müssen den deutschen Arbeitern gegenüber als Konkurrenten und vielfach als Lohnbrüder dienen. Da sollte man uns doch wenigstens die Möglichkeit geben, diese zum Teil geistig armen Leute zu erziehen und zu beraten, daß sie sich nicht als Lohnbrüder ausnehmen lassen."

Darauf konnte der anwesende Staatssekretär von Bethmann-Hollweg nicht gut schweigen und bei seiner Antwort spielte sich nach dem Berichte der „Köln. Volksztg.“ folgendes ab:

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Abg. Hue, Gothein und Wiebeberg haben die Behauptung aufgestellt, daß die Art und Weise, wie der Sprachenparagraf gehandhabt werde, im Widerspruch stehe mit der Zusage, die ich hier im Reichstage gegeben habe. Das ist nicht der Fall. (Hört, hört!) Obwohl die ganze Angelegenheit mit den Interpellationen nichts zu tun hat, so will ich das doch heute schon konstatieren. Ich werde mich daher das weitere vorbehalten, bis sich mir bei Besung des Staatsgesetzes bietet, mich darüber zu äußern. (Ausruf: Sie haben ja jetzt Gelegenheit!) Nein, ich halte mich nicht für berechtigt, schon jetzt mich eingehend darüber zu äußern. (Behäufter Widerspruch, starke Unruhe.) Nun gut, dann will ich das eine schon jetzt sagen: Diejenigen Herren, die von einem Widerspruch sprachen, bitte ich, im Stenogramm meine Erklärung nachzulesen und sie mit der Rede des Abg. Kreis, auf welche ich ausdrücklich Bezug genommen habe, zu vergleichen. Sie werden dann finden, daß ein Widerspruch nicht zu finden ist.

Ich habe gesagt, daß der Sprachenparagraf auch im Westen gegenüber polnischen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zur Anwendung kommen müßte, weil die polnischen Arbeiter nicht ausschließlich gewerkschaftliche Interessen verfolgen, sondern auch politisch-nationale. (Stürmischer Widerspruch, starke Unruhe.)

Abg. Ledebour (Soz.) ruft: Dann ist der Reichstag absichtlich irre geführt worden! (Erneute starke Unruhe. Glorreiche Präsidenten.)

Vizepräsident Kaempff ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung. (Übermäßige Unruhe, Beifall rechts.)

Abg. Hue (Soz.) ruft: Ledebour ist im Recht! Vizepräsident Kaempff ruft auch den Abg. Hue zur Ordnung.

Schon vorher hatte der freisinnige Abg. Gothein — auch einer von denen, die für das Vereinsgesetz gestimmt haben — folgenden bezeichnenden Stoßseufzer von sich gegeben:

„Der Staatssekretär des Innern hat uns hier versprochen, daß der Sprachenparagraf auf Gewerkschaftsversammlungen keine Anwendung finden soll, und doch hat der preussische Minister des Innern eine Verordnung erlassen, wonach der Paragraf auch auf jene Versammlungen ausgedehnt werden soll. Das Gesetz wäre nie und nimmer angenommen worden, wenn wir vorher gewußt hätten, daß ein feierlich gegebenes Versprechen hinterher nicht gehalten würde.“

Die Freisinnigen und auch noch andere uns näherstehende Abgeordnete werden jetzt hoffentlich einsehen, was von solchen „Versprechungen“ zu halten ist. Die betr. Erklärung des Staatssekretärs war allerdings kein feierlich gegebenes klares Versprechen. Wir haben sie schon damals ganz richtig eingeschätzt, nämlich als eine diplomatisch gedruckte, verlauselte Erklärung, die zu gar nichts verpflichtete. Herr v. Bethmann-Hollweg ist mit seinen vorstehenden Ausführungen dem toten Buchstaben nach im Rechte. Das ganze aber ist eine bittere Lehre und zugleich eine Blamage für diejenigen Volksvertreter, die sich durch diese Erklärung fördern ließen.

Aus der Metallindustrie.

Opfer der Arbeit.

Duisburg. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am 25. November auf der Niederrheinischen Hütte. Beim Ausziehen eines großen Eisenteiles für den zweiten neuen Hochofen, etwa 140 Ztr. schwer, riß, als das Teil etwa 5 Meter hochgezogen war, das Konterseil. Von diesem Seile, an welchem eine Kiste befestigt war, wurde ein Arbeiter, welcher in der Nähe beschäftigt war, in die Seile getroffen. Durch die furchtbare Wucht wurde dem Armersten ein Arm vollständig zerhackt und er auch sonst so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Rombach. Am 25. November wurde in der Wüstlage der Rombacher Hütte einem 14 1/2 jährigen Arbeiter durch die Bohrmaschine ein Arm abgerissen.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Bundlar Bez. Köln. Die Arbeiter der Zellensfabrik W. v. R. Klein stehen im Streit infolge von Akkordreduzierungen von 10—15%.

Nachen. Bei der Firma J. C. & W. Numpen, [Nadelfabrik] stehen die Arbeiter im Streit.

Walldorf bei Mannheim. Bei der Firma Rudolf Otto Walter stehen die Arbeiter behufs Abwehr von Lohnabzügen im Streit.

Bremen. Hier selbst sind die Heizungsmonteur ausgepersert.

Rheidt. Bei der Firma Froring, Werkzeugmaschinenfabrik ist infolge von Lohnabzügen ein Streit ausgebrochen.

Zugung ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Trotz wiederholtem Hinweis, daß vom 1. Oktober ab keine alten Marken mehr verkauft werden dürfen, sind noch fortwährend Fälle zu verzeichnen, wo Mitglieder statt der neuen, noch alte Marken gekauft haben. Es sei hiermit nochmals sowohl an die Vorstände wie Mitglieder der Hinweis gerichtet, daß keine alten Marken mehr gekauft und verkauft werden dürfen. Auch etwaige restierende Beiträge sind durch neue Marken zu quittieren. Noch vorhandene alte Marken sind sofort an die Centralstelle einzusenden.

Der Vorstand.

S. B.

W e b e r, Verbandsvorsitzender.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. November 1908 der fünfzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. November bis 6. Dezember fällig.

Die Ortsgruppe Durlach erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pfg.

Die Mitgliedszahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Osberg. Eine gut besuchte Versammlung hatte unsere Ortsgruppe am Sonntag, den 22. November zu verzeichnen, wozu unser Verbandsvorsitzender Kollege Weber als Referent erschienen war. Redner behandelte das Thema: „Welchen Nutzen gewährt die gewerkschaftliche Organisation den Arbeitern“. Ausgehend von jenen Zeiten, wo die Organisation noch nicht vorhanden oder erst im Entstehen begriffen war, schilderte derselbe die Lage der Arbeiter bis zur Gegenwart. Auch die Krisen in den sechziger und achtziger Jahren habe die Arbeiter viel schwerer getroffen, weil damals noch keine leistungsfähigen Organisationen die Interessen der Arbeiter wahrnehmen konnten. Auf die Verbesserung der Löhne habe die Organisation ebenfalls in großartiger Weise mitgewirkt. Wenn im Jahre 1906 pro Arbeiter und Jahr 116 Mark mehr Lohn verdient wurde als im Jahre 1900, so sei dies in erster Linie die Frucht der gewerkschaftlichen Arbeit und Kämpfe, welche die Organisationen geleistet haben. Bei 10 Millionen gewerkschaftlicher Arbeiter erreichte dieser Mehrlohn allein im Jahre 1906 die Summe von 1160 Millionen Mark. Was bedeuten dem gegenüber die winzigen Beiträge, welche von den Mitgliedern geleistet werden und ihnen andererseits wieder in Gestalt allerlei Unternehmungen zufließen. Mit dem Appell, rein zur Organisation zu halten, nicht in der Agitation zu erlahmen, bis der letzte Kollege dem Verband zugeführt, schloß Redner seinen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag.

In der Diskussion tabelte der Kollege Bollmer, daß sich immer noch eine Anzahl von Arbeitern dem Verbandsfernhielt, obwohl sie die Notwendigkeit der Organisation erkannt hätten. Als ein großer Mangel habe es sich herausgebildet, daß ein Teil der Glaserarbeiter und Formner der dortigen Hütte immer noch im Gewerkschaftsbereich der dortigen Bergarbeitervereine seien, während der andere Teil im christlichen Metallarbeiterverband organisiert ist. Dadurch wird jede Einigkeit durchbrochen und werden Gegensätze geschaffen, welche sich bis zu Feindschaften unter den Arbeitern steigern. Die Formner und Glaserarbeiter haben mit den Bergarbeitern keine sachliche Verührungsstelle, und deshalb gehören dieselben in den Metallarbeiterverband und nicht in den Gewerkschaftsbereich der Bergleute. Redner tabelte auch, daß zu gleicher Zeit jenseits der Ortsgruppe des Bergarbeiterverbandes eine Versammlung abgehalten werde, welches offenbar nur den Zweck habe, die dort organisierten Formner und Glaserarbeiter von unserer Versammlung fernzuhalten; es könne für den Gewerkschaftsbereich doch nicht darauf ankommen, ob derselbe 50 oder 60 Glaserarbeiter in seiner Mitte habe. Redner

erwähnte den Verbandsvorsitzenden Weber, der der Gewerkschaftsbereich zu vertreten, daß die jetzigen unzulässigen Zustände beseitigt würden.

Kollege Weber erklärt, daß er nach dieser Mitteilung schon Schritte unternommen, leider bei der Gewerkschaftsbereich noch keinen Erfolg erzielt habe. Uebrigens müßten doch die im Gewerkschaftsbereich her Vergleute organisierten Formner, Glaserarbeiter, Schlosser u., welche in ein und derselben Werkstätte mit unsern Kollegen arbeiten, erkennen, daß auf die Dauer sie selbst den Schaden und Nachteil zu leiden haben, wie es sich bei früheren Bewegungen gezeigt habe. Wie ihm mitgeteilt, bemühten sich außerdem einige untergeordnete Beamte, Vorarbeiter usw., die Kollegen vom Neberteil zurückzuhalten. Das beweise doch wohl am besten, wer von dem jetzigen Zustand den Nutzen davontrage. Andererseits würde er sich bemühen, dem Wunsche der Kollegen Rechnung zu tragen. Etwas mehr Aufklärung unter den Kollegen zu verbreiten, dürste am besten zum Ziele führen. Mit einem Appell, tätig einzutreten für unsere Sache, sand die gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Stolberg. Vor etwa zwei Jahren haben die Kollegen der Firma von Osten und Ohmen, um ihre dürftige Lage in etwas aufzubessern, einen Kampf führen müssen. Dank der Geschlossenheit und Disziplin der Kollegen gelang es damals, die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. War man sich allgem. darüber klar, daß diese Forderungen durchaus gerecht zu waren, so dachte die Firma von Osten und Ohmen anders. Obgleich heute der Kampf schon mehr als zwei Jahre zurückliegt, glaubt der derzeitige Leiter der Firma, Herr Oskar Ohmen, jetzt den Zeitpunkt für gekommen, den damaligen „Frevel“ zu rächen. Schon vor Jahresfrist hatte sich eine „Ursache“ gesunden, um den Kollegen an die Luft zu setzen, der im Verdacht stand, die Bewegung geleitet zu haben. Bei dieser Gelegenheit sei noch gesagt, daß die Firma damals, gelinde gesagt, eine Unwahrheit hat vorzuschützen müssen, um den Arbeiter los zu werden. Dem Kollegen wurde erklärt, gegen ihn sei ein gerichtliches Verfahren wegen Verleumdung von Arbeitswilligen eingeleitet. Bis heute hat der Kollege weder davon etwas gehört noch gesehen. Doch das nur nebenbei zur Beleuchtung der Mittel, die von den Herren für ihre Zwecke für gut genug gehalten werden.

In dem Betriebe waren noch einige unglücklichste Kollegen, die glaubten, ihre Organisation nicht entbehren zu können, um so mehr, da es auch für sie noch vieles zu bessern gab und die Leitung der Firma nicht die Gewähr bot, daß sie aus reiner Menschlichkeit für ihre Arbeiter ideale Zustände schaffen werde. Diese Leute waren in den Augen der Firma „gefährlich“, sie konnten sich vielleicht noch einmal dazu verstehen, in die durch jahrhundertlange Tradition geheiligten „Herrenrechte“ der Herren im Hause einzugreifen. Also hieß es, sich schnell dieser „Reger“ zu entledigen. Gerade jetzt war der geeignete Zeitpunkt, wo Arbeitsmangel und infolge dessen Arbeiterüberfluß vorhanden ist. Allerdings waren da Kollegen, die schon 18 Jahre lang in dem Betriebe standen, die buchstäblich ihre Gesundheit und ihre Knochen für das Werk geopfert hatten. Auch hatten einige der Kollegen eine zahlreiche Familie, mit der sie ohne Arbeit der Not preisgegeben waren.

Doch, was heißt das alles, wo ein „Prinzip“ zu verteidigen ist, wo es gilt, Herr im Hause zu bleiben. Nur keine menschlichen Anwandlungen da, sondern heraus mit den Leuten, die drohen, an der alten „Ordnung“ zu rütteln.

Die übrigen Kollegen haben ihre Mit- und Vorkämpfer blutenden Herzens ziehen lassen müssen. Mit einem Herzen voller Bitterkeit sind sie zurückgeblieben und wahrlich, diese Tat der Firma hat den Frieden nicht gefördert.

Unsere Ortsgruppe hätte auf Sonntag, den 15. November, gemeinsam mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsbereich eine öffentliche Protestversammlung einberufen, die gut besucht war. Bezirksleiter Hartmann vom Gewerkschaftsbereich H.-D. sprach einleitend über die Notwendigkeit der Organisation in der Krisenzeit. Gerade diese mühten manche Firmen aus, um das in der guten Zeit durch die Organisation erungene wieder wett zu machen. Dazu kommt neuerdings noch ein raffiniertes schwarze Listen-System, mittels dessen Arbeiter monatelang außer Arbeit und Brot gehalten würden. Bis zu dem Tage, wo die Arbeiter deren Erhöhung energisch verlangten, seien die Löhne bei von Osten und Ohmen das reine Trinkgeld gewesen. Man wolle jetzt die Organisation vernichten, um die Löhne allein bestimmen zu können.

Unser Kollege Meuser führte etwa folgendes aus: Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter ist ein Produkt der Notwendigkeit. Man sah ein, daß die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterstand aufreihen würde. Das Recht der Koalition ist also im vaterländischen Sinne gegeben worden, und wir handeln national, wenn wir Gebrauch davon machen.

Es handelt sich bei der Firma von Osten u. Ohmen nicht um die paar Groschen mehr Lohn, die die Arbeiter errungen haben, sondern man will sich von der Organisation in den „freien“ Arbeitsvertrag hineinreden lassen. Diesen Standpunkt begründen die Unternehmer mit ihrem Risiko, ihr Kapital zu verlieren. Das grausige Unglück auf Beche Radbod hat noch einmal gezeigt, wer das größere Risiko trägt. Wenn der Unternehmer sein Kapital tatsächlich verliert, dann hat er noch immer sein Leben und seine Arbeitskraft, mit der er wieder neues erwer-

aufgestellten Beweispunkten in der Berammlung zu leugnen, mag jetzt auch öffentlich einmal den Versuch machen, dies in Worte zu stellen.

Für die vorurteilfreie freie Metallarbeiter-Schaft kann auf Grund einer solchen Tätigkeit unserer sozialistischen Gegner keine andere Organisation als der christliche Metallarbeiterverband in Frage kommen.

Wuppstadt. Mit dem Einsetzen der Krise im vergangenen Frühjahr wurden auch auf der hiesigen Westfälischen Metallindustrie die Arbeiter mit dem beliebigen Mittel der Unternehmer, mit Lohnabzügen, bedacht. Allerdings suchte sich die Werkleitung die Betriebe aus, in denen die Arbeiter am schlechtesten organisiert waren. In den Betrieben, wo die Arbeiter geschlossen dem christl. Metallarbeiterverband angehörten, wurde nicht abgezogen. Unnützlich änderte sich das Bild, die Konjunktur staute immer mehr ab. Die Arbeitszeit wurde auf 8 Stunden verkürzt. Arbeiterentlassungen wurden vorgenommen, d. h. nicht in größerer Zahl, sondern einzeln, einer nach dem anderen. Die Behandlung in der Fabrik seitens der Meister usw. ließ auch zu wünschen übrig. Wurden früher die Arbeiter bei der Affordfestsetzung mitgehört und so in gegenseitiger Aussprache die Preise festgesetzt, so hieß es jetzt seitens der Meister: „Wenn der Preis nicht paßt, der kann gehen.“ oder, „die und die Sachen müssen jetzt so und so viel billiger gemacht werden, es kommt ein großer Auftrag, wenn wir dieselben um soviel billiger gemacht bekommen.“

Die Arbeiter stimmten in Anbetracht der schlechten Konjunktur dem Vorschlage der Werkleitung zu, aber der erwartete große Auftrag blieb aus. Dadurch hat sich bei den Kollegen die Meinung gebildet, das Gebot von den großen Aufträgen sei nur eine Drohsprache gewesen, um die Preise zu drücken. Nun, es steht fest, daß in den einzelnen Abteilungen und an einzelnen Sorten den Kollegen Abzüge bis zu 30 Proz. zugemutet wurden. Wenn dieses dem Werte nun nicht in vollem Umfang gelungen ist, so haben die Kollegen dieses ihrem Zusammenhalten in der Organisation zu verdanken.

Aber in der letzten Zeit waren die Dinge nun doch etwas zu stark geworden, und hielten wie eine Wertschätzbesprechung ab. Unser Bezirksleiter legte an der Hand eines reichen Materials die Sachlage klar. In der Diskussion beklagte sich bezeichnenderweise ein Unorganisiertes, daß ihm einfach von der Werkleitung gelegentlich einer Beschwerde die Tür gezeigt wurde. Ein Mitglied des jözb. Metallarbeiterverbandes aus der Dreherei des Werkes führte aus, daß in ihrer Abteilung keinerlei Schikanierungen vorkämen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß unser Bezirksleiter bei der Firma vorstellig werden sollte. Dieses geschah. Die Art und Weise, wie der Direktor Herr Windmüller hier auftrat, spottet jeder Beschreibung. „Was meine Arbeiter verdienen sollen, bestimme ich“, das war seine stereotypische Redensart, von anderen Scharmachereien ganz abgesehen. Daß die Löhne durchaus unzulänglich sind, geht aus folgender Darstellung unzweifelhaft hervor.

Ein Arbeiter verdiente in einer 14 tägigen Lohnperiode 18,00 Mk., ein anderer 28,00 Mk., ein dritter 30,42 Mk. Der letztere ist dazu noch ein älterer Arbeiter. Wenn die ersteren auch jüngere Arbeiter sind, so steht dem gegenüber doch die Tatsache fest, daß sie jözungen auch leben müssen. Wie man nun aber in Wuppstadt mit 9 Mk. in der Woche existieren kann, ist vorläufig noch Geheimnis der Westf. Maschinenindustrie. Wenn man nach Ansicht der Westf. Metallindustrie mit vorgenannten Löhnen auskommen kann, dann wäre es aber auch richtig, den Arbeitern eine Aufweisung zu geben, wie es anzufangen ist, mit einem solchen Lohn sein Leben zu fristen. Daß das Werk sehr wohl in der Lage ist, auskömmliche Löhne zu zahlen, geht aus dem Geschäftsbericht hervor:

Westfälische Metall-Industrie, A.-G. in Wuppstadt. Während bis zum Oktober des Jahres 1907 die Umsätze weiter stiegen, machte sich von da ab der Rückgang geltend, indem zuerst die bestellten Waren langsamer abgerufen wurden, später auch die Bestellungen spärlicher einliefen. Die Folge sei Anschwellen der Lager gewesen. Dem Rückgang der Hochpreise sei bei der Bewertung genügend Rechnung getragen und auch die Abschreibungen möglichst hoch bemessen worden; diese betrafen sich jetzt auf 335 284 Mk. bei 684 792 Mk. Anschaffungswert. Der Reingewinn beträgt nach 49 934 Mk. (i. B. 50 557 Mk.) Abschreibungen und 20 000 Mk. Rücklage (20 658 Mk.) für zweifelhafte Außenstände 58 685 Mk. (50 255 Mk.). Daraus gelangen 7 Proz. (10 Proz.) Dividende auf 600 000 Mk. Aktienkapital zur Verteilung. Die Ergebnisse im laufenden Geschäftsjahre seien bis jetzt befriedigend.

Auf der einen Seite fortwährend Drängen der Werkleitung, die Arbeiten billiger zu machen, auf der anderen Seite die Mitteilung, daß das Werk mit dem Geschäftsergebnis zufrieden sei. Müßten sich die Herren Aktionäre für ihre anstrengende Tätigkeit einen Lohnabzug von 3 Proz. gefallen lassen, so wären die Arbeiter nur 10 bis 15 Proz. zu verzeihen. Zweifellos gerecht nach Ansicht der Unternehmer. Wir müßten aber einen gerechten Vorschlag. Da die Westf. Metallindustrie resp. deren Werkleitung sich immer auf ihr soziales Verhältnis etwas zu Gute tut, so

wäre der Vorschlag angebracht, die Folgen der Krise gleichmäßig auf beide Faktoren, Aktionäre und Arbeiter, zu verteilen. Vielleicht wäre es auch ganz gut möglich, daß die Herren Aktionäre sich mal ein Jahr ohne Dividende oder mit 3—4 Proz. begnügten. Mehr soll es in Sparkassen auch nicht geben. Damit könnte die Werkleitung ihr soziales Verständnis durch die Tat beweisen.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Westfälischen Metallindustrie! Hinein in die Organisation. Nur diese kann auch einen Tarifvertrag bringen, der in Eurer Branche ganz gut möglich ist. Denkt daran, daß in gleichartigen Fabriken an anderen Orten längst Tarife abgeschlossen sind. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Und drüht der Winter noch so sehr
Mit trostigen Gebärden,
Und streut er Eis und Schnee umher,
Es muß doch Frühling werden.

Ja, Frühling wird es auch noch einmal für die Arbeiter der Westf. Metallindustrie in Wuppstadt. Aber nur dann, wenn wir mit Nachdruck unseren Verband ausbauen.

Pforzheim. Bei der Firma Bauer (Ringsabrik) arbeitete unserer Kollege M. als Zasser im Auftragslohn. Fortwährende Versuche der Firma, die Stückpreise zu reduzieren, veranlaßten ihn, die Kündigung einzureichen. Während der Kündigungszeit erhielt M. eine Anzahl Ringe zum Zassen, für die es bisher 25 Pfennig gegeben, die er auch schon selbst erhalten hatte. Jetzt wollte die Firma aber nur noch 20 Pf. geben. Als M. sich weigerte, sie dafür zu machen, erklärte der Firmeninhaber kategorisch: „Sie bekommen überhaupt keine Arbeit mehr, machen Sie, daß Sie zum Teufel kommen.“ Und Kollege M. wurde sofort entlassen.

Auf Grund der Vorbenennung wurde eine Zasser-versammlung abgehalten, wo ausdrücklich konstatiert wurde, daß für die besagte Sorte von Ringen 25 Pfennig gezahlt worden seien. Ein Mitglied vom freien Verband nahm hier den Mund besonders voll und sagte, es hätte früher sogar 30 Pf., dann 25 Pf. gegeben, und er könne das bezeugen. Unser Mitglied M. sagte nun am Gewerbegericht auf den rückständigen Lohn und Entschädigung für acht Tage der nicht eingehaltenen Kündigungszeit. Vor dem Gewerbegericht fiel der als Zeuge geladene Genosse aber schmächtig um und sagte das Gegenteil von dem, was er in der Versammlung so siegesbewußt behauptet hatte. Infolgedessen und nach dem Eid des Firmeninhabers blieb unserm Kollegen nichts anderes übrig, als seine Klage betreffs Entschädigung wegen unbefugter Entlassung zurück zu nehmen. Er erhielt nur seinen restierenden Lohn.

Ueber diese jammervolle Haltung des „Genossen“ waren seine eigenen Verbandskollegen nicht wenig erstaunt. Auch der Beamte vom „freien“ Verband, der die Zasser-versammlung geleitet hat, wird auf diesen Anhänger jedenfalls nicht besonders stolz sein. Es ist auch geradezu unglücklich, wie ein Mann in ein paar Tagen zwei solch verschiedene Aussagen machen kann. Unsere Kollegen sind aber wiederum um eine Erfahrung reicher, was sie von Treu und Glauben jözb. Verbändlern zu halten haben. In Zukunft heißt es noch mehr: Trau, schau, wein!

Neustadt a. d. S. Die bevorstehende Gewerbegerichts-wahl in Neustadt, sowie die Verleumdungen und Verdrehungen von Seiten der christlichen Gewerkschaften gaben Anlaß, die Taktik der Gegner in einer Versammlung etwas näher zu beleuchten. Es fand deshalb in Muthbach am Sonntag, den 15. November, eine öffentliche Versammlung statt. Zu dieser waren auch die Genossen zahlreich erschienen. Kollege Herrling-Mannheim schilderte an der Hand statistischen Materials die Bedeutung der Gewerbegerichte und erntete reichen Beifall. Des weiteren sprach Kollege Samstag-Mannheim über christliche oder sozialdem. Gewerkschaften. Die Genossen, die beim ersten Thema anscheinend schliefen, befundeten jetzt ihr Wachsein, indem sie ihre Bildung (?) und Schulung (?) durch störende Zwischentöne und Trampeln mit den Füßen zum Ausdruck brachten. Die Gemütsruhe, die klaren verständlichen Worte des Referenten brachten die Genossen so in Harnisch, daß der Vorsitzende öfters auf das Hausrecht aufmerksam machen mußte. Das alte Sprüchwort: „Ein Särlag mit der Zunge, der das Herz trifft, ist wirksamer als viele Prügel.“ hatte auch hier seine Wichtigkeit. Kollege Samstag schloß mit den Worten: „Haltet fest und treu zur Fahne!“ was die Kollegen durch ihren Beifall bekräftigten.

Um aber den christlich organisierten zu zeigen, daß die Sozialdemokratie wirklich in der Lage ist, manchem Arbeiter das „schwere Joch abzunehmen“, sei folgender Vorfall wiedergegeben: Auf dem Nachhausewege überfielen nämlich zwei Anhänger der Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit den im Christl. Metallarbeiterverband organisierten Schlosser Josef Gardt. Die Wegelagerer sind auch noch Genossen, welche an der Spitze der sozialdem. Gewerkschaften sowie Partei in Neustadt a. d. S. stehen. Genosse Georg Schneider warf unsern Kollegen einige Male zu Boden, während Genosse Joh. Sauer durch Tische auf unsern Vertrauensmann seinen Stock entzwei jähigte. Dem Betroffenen ist dadurch einige Wochen das „schwere Joch“, nämlich die tägliche Arbeit, abgenommen, da der Mißhandelte arbeitsunfähig wurde.

Es ist das schändlichste Verbrechen für die Genossen, daß sie sich in der Versammlung nicht verteidigen konnten, sondern nachher durch rohe Gewalt ihre Idren verfechten wollten. Das sind die Früchte der „Bildung und Erziehung“ im roten Lager. Unständige ehrliche Menschen haben dafür nur ein P für Teufel übrig.

Wenn die Genossen aber vielleicht glauben, mit solchen Missetaten den christl. Gewerkschaften schaden zu können, sind sie schwer auf dem Holzwege. Sie werden eher das Gegenteil erreichen. Durch solche Vorgänge werden die Launen und Laßigen in unferm Lager aufgepeitscht, an ihre Pflichten als christlich gekannte Arbeiter erinnert. Und fester und einziger werden die christlich organisierten Arbeiter nachher da. Die vielen gleichgesinnten Kollegen im hiesigen Bezirke, die uns bis heute noch fernstünden, werden sich an sich selbst verjüngigen, wenn sie angesichts solcher „Selbsten“ der Sozialdemokraten untätig abseits stehen bleiben. Darum jetzt alle hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Unser mißhandelter Kollege wird jetzt den schlagfertigen „Genossen“ an Gerichtsstelle zeigen, daß die Gegenstände in der Arbeiterbewegung nicht durch Ueberfälle und Mißhandlungen auszutragen sind. Mit Gegnern, die ihrem Fanatismus auf solche Weise die Zügel schießen lassen, können und dürfen die Christl. Arbeiter auch keine Rücksicht üben. Das wäre die Selbstverleugnung wirklich zu weit getrieben.

Kassel. Sehr verbesserungsbedürftige Zustände herrschen im hiesigen städtischen Elektrizitätswerk. Sowohl die Lohnverhältnisse wie auch die Behandlung lassen manches zu wünschen übrig. Die Löhne stehen zu den sonst in Kassel üblichen Löhnen recht weit zurück. Der Anfangslohn beträgt 3,75 Mark pro Tag für die Maschinenisten, steigt alle drei Jahre um 25 Pf., bis zum Höchstlohn von 4,75 Mark. Dabei auch noch 12stündige Arbeitszeit. Ueber die Behandlung seitens eines Maschinenmeisters haben die Arbeiter berechtigten Grund zum Klagen.

Oftener gesagt, sind die Arbeiter an diesen Verhältnissen zum größten Teil selbst schuld. Sie wollen es anscheinend nicht besser, sonst hätten sie schon längst den Weg der Selbsthilfe beschritten. Aber sie leben stumpfsinnig in den Tag hinein, von der Organisation haben sie bis heute nichts wissen wollen. Daher haben sie auch kein Recht, sich über diese traurigen Zustände zu beklagen. Hoffentlich werden sie aber dennoch einmal zur Bestimmung kommen und sich zur Tat aufraffen, d. h. sich Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Dann haben sie ein Mittel in der Hand, um gegen die Mißstände in ihrem Arbeitsverhältnis mit Erfolg vorzugehen.

Grevenbrück. Eine gutbesuchte Versammlung am Samstag, den 14. November hat gezeigt, daß auch in unferer Bahnhalle noch Hoffnung auf eine bessere Weiterentwicklung vorhanden ist. Lange Zeit war der Versammlungsbesuch sehr schlecht und das innere Vereinsleben äußerst mangelhaft. Hoffentlich wird es dem neugewählten Vorstand gelingen, neues Leben in die Pude und die Sache des Verbandes weiter zu bringen. In der Versammlung am 14. November hielt Kollege Gierz (Siegen) einen belehrenden und begeisterten Vortrag, der mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Die Verhandlungen in München wurden dabei besonders beifällig, ebenso die jetzige Situation in der Metallindustrie.

Als praktisches Resultat der schon verlaufenen Versammlung soll nunmehr eine planmäßige Hausagitation abgehalten werden. Wir fordern alle Kollegen auf, hierbei mitzuwirken und nicht zu rasten und zu ruhen, bis wir unserm Verbands eine große Zahl neuer Mitglieder zugeführt haben. Die christlichen Metallarbeiter von Grevenbrück müssen jetzt einmal durch die Praxis zeigen, daß sie es verstehen, ihre Sache hochzuhalten und unermüdet weiter auszubauen.

Ahlen. Westf. Mit vielviel Arbeitverdrängten wird hier zu kämpfen haben, ist den Kollegen allgemal bekannt, daß aber aus unseren eigenen Reihen Widerjacher kommen würden, hätten wir nicht für möglich gehalten. Zur Aufklärung wollen wir die Dinge der Reihe nach entwickeln. Der zweite Vorsitzende unserer Gruppe, Kollege Menje, erkrankte und stellt am selben Tage den Antrag, die Ortsgruppe möge ihm die Krankenunterstützung vom ersten Tage an ausbezahlen. Der Vorstand kam nach Prüfung der Sachlage zur Ablehnung des Antrages. Daraufhin erklärten Menje und der Schriftführer Strohmeyer ihren Austritt. Menje hat schon 40 Mk. Unterstützung und Strohmeyer 118 Mark Krankenunterstützung bezogen. Uns war es recht lieb, daß die beiden gingen, sie erwarteten uns das Herauswerfen. Arbeiter, die sich lediglich der Unterstützung wegen organisieren, sich nachher an Vorstandsposten herandrängen und für sich etwas Besonderes heraus schlagen wollen, den Verband als melkende Kuh betrachten, werden im christlichen Metallarbeiterverband niemals ihre Rechnung finden. Kassenmacher können wir nicht brauchen.

Nach dieser mehr wie unnoblen Handlungsweise versuchte Herr Menje auch noch anderen Kollegen den Verband zu bereiten. Hier ist er aber gut angekommen. Die wächtigere Versammlung, in der unser Bezirksleiter anwesend war, beschloß einstimmig, diese Selbsten der beiden im Verbandsorgan zu veröffentlichen, um damit der Öffentlichkeit zu zeigen, was für Geisteskinder Menje und Strohmeyer sind.

Arbeiter, Kollegen von Ahlen, bedenkt, daß diese Leute sich auf Kosten ihrer Mitkollegen bereichern wollen. Herr Menje war auch derjenige, welcher durch Ohrenbläser die Kollegen der Organisation abspenstig machen wollte. Menje ist auf die christliche Metallindustrie zu verzichten, und seine Beschuldigungen vor den Kollegen zu verteidigen, nicht erschienen. Ein solches Gebahren richtet sich selbst. An alle anständigen Arbeiter, die es ehrlich mit der Verbesserung ihrer Lage meinen, rufen wir die dringende Mahnung, tratet ein in den christlichen Metallarbeiterverband. Hier ist der eine so viel wie der andere. Hier herrscht Solidarität und Gerechtigkeit.

Aus Bayern. Zum Uebertritt der baye- rischen Hüttenarbeiter (Staatsbetriebe) in un- seren Verband. In Nr. 40 unseres Organs ist die nun erfolgte Verknüpfung des bayrischen Salken- und Hütten- arbeiter-Verbandes besprochen worden.

Die Arbeitsverhältnisse drängen auch hier allein schon zur Organisation. Selbst solche Arbeiter, die sich mit sorg- loser Mühe auf die bekannte Nebenart berufen: „Ich habe keine Organisation notwendig, ich habe zetteltens- wert“, wurden durch die letzten Ereignisse eines besseren belehrt.

Der Tätigkeit der Arbeiter-Ausschüsse sind auch hier zu enge Grenzen gezogen. Wird über solch tief einschnei- dende Maßnahmen nicht eingehend mit dem Arbeiter-Aus- schuß unterhandelt, dann bleibt der bekannte Satz: „Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein“, eine leere Phrase.

Eines verdient bei dieser Gelegenheit noch der Erwäh- nung. Kürzlich blieb in Amberg an einem Samstag für eine Abteilung der für 14 Tage fällige Lohn aus.

Was den Gesichtspunkten allgemeiner Natur, zeigen auch solche Stichproben, daß sich jeder denkende Arbeiter der Organisation anschließen muß, wenn er seine Standes- interessen mit Nachdruck vertreten will.

Soziales.

Gegen die Tabaksteuer-Vorlage.

In einer lebhaften Abwehrbewegung stehen gegen- wärtig aller Orten die Tabakarbeiter gegen die von der Regierung geplante Vändelsteuer auf Zigarren usw., die 97 300 000 Mk. abwerfen soll.

Wie sehr auch das Schicksal der Tabakarbeiter von dieser Vorlage abhängt, geht daraus hervor, daß allein 85 Prozent der Gesamtzeugung auf Zigarren entfällt, die bis zu 6 Pfg. kosten.

Zur Reform der Arbeiterversicherung.

Am Sonntag, den 1. November tagte in Breslau eine Konferenz der Krankenkassen Schlesiens, um zu den „Reformplänen“ im Versicherungswesen Stellung zu nehmen.

Die heutige im großen Saale des Konzerthauses tagende Kon- ferenz der schlesischen Krankenkassen-Vorstände erklärt sich im Prinzip für die jetzigen Grundzüge der Reform unserer Arbeiterversicherung,

Die heutige Konferenz der schlesischen Krankenkassen wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die vorgeschlagene Halbierung der Kassenbeiträge zu dem Zwecke einer paritätischen Gestaltung der Verteilung und ebenso gegen die Einsetzung eines sogenannten unparteiischen Vorstehenden.

Beachtenswert sind die Ausführungen des Rechts- anwalts Lemberg aus Breslau, der selbst Arbeitgeber ist, über die Verbehalten der bisherigen Zweidrittel Mehr- heit der Arbeiter in den Krankenkassen-Vorständen.

Der Entwurf des Arbeitskammergesetzes

ist dem Reichstag am 26. November zugegangen. Ge- genüber der alten Vorlage enthält die jetzige Fassung des Entwurfs wesentliche Verbesserungen.

Der jetzt vorliegende Entwurf enthält 45 Paragra- phen und behandelt in 7 Abschnitten: 1. Die Ein- richtungsaufgaben bei Zusammenfügung der Arbeits- kammer;

Briefkasten der Redaktion.

Wegen des Feiertags in der nächsten Woche, Dienstag, den 8. Dezember, muß etwas früher Redaktionsstempel gemacht werden. Alle Zuschriften für die betr. Nummer müssen bis Montag mittag hier sein.

Briefkasten der Verbandsleitung.

Kollege R., Hierlohn. Der Uebertritt von einer niederen Klasse in eine höhere oder umgekehrt, ist an kein Termin gebunden.

nehmen sollen und kommt der zentrale wichtige Corresponden- tenz erspart bleiben. Bitte die Notiz in Nr. 43 zu beachten.

Versammlungs-Kalender.

- Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.
Wien. Dienstag, den 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr öffentliche Versammlung bei Wiegards, Weststraße.
München. Sonntag, den 6. Dezember, morgens 11 Uhr, im Lokale Carl Hoppe, außerordentliche General-Versammlung mit wichtiger Tagesordnung.
Dortmund. Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Erwingmann.
Duisburg. Sonntag, den 6. Dezember, nachm. 4 Uhr, Versammlung bei Hoff.
Duisburg I. Sonntag, den 6. Dezember, morgens 10 1/2 Uhr Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung bei Herrn Behmer, Fabrikstr. 15.
Duisburg-Beek. Sonntag, den 6. Dezember, morgens 11 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Müllers.
Duisburg-Großenbaum. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr in Buchhof bei Römer.
Duisburg-Baar. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr bei Junien, Gewerkschaftshaus, Mitglieder-Versammlung.
Duisburg-Weiderich. Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 5 Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung bei Kaseramp.
Düsseldorf. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr im Lokal Tannhäuser Monatsversammlung.
Essen. Nächste Versammlung am 12. Dez. im Vereinslokal.
Essen-Altenessen. Sonntag, den 6. Dezbr., vorm. 11 Uhr Versammlung im Lokale Esser, Hammerstraße.
Essen (Alteingewerbe, Schloffer und Schmiede). Samstag, den 5. Dezember abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Verkehrslokal christliches Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.
Essen (Elektronmonteur). Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr Versammlung im Lokale „Zur Stadt Elberfeld“.
Essen-Vorbeck-Schönebeck. Freitag, den 4. Dezember, abends nach der Schicht abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Hausmann-Eisenwerkstraße.
Essen-Berge-Vorbeck. Sonntag, den 6. Dezember, Mit- glieder-Versammlung im Lokale Voortmann, Poststraße.
Essen-Steele. Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Honigs, Chausseestraße.
Essen-Nord-Ost. Sonntag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „zum Eiseller“, Beuststraße.
Essen-Defflig. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Poststadt, Sternstraße.
Essen-Polsterhausen. Sonntag, den 6. Dezember, abends 6 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Buchner, Hobeisenstraße.
Essen-Burg. Nächste Monats-Versammlung findet Mittwoch den 9. Dezember statt. Jeden Freitag Unterrichtsabend im Lokale C. Hobe, Marienstr. 1.
Essen-Kirchh. Ortsverwaltung. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr, öffentliche Versammlung vom Kartell. Tages- ordnung: Pensionstafeln mit besonderer Berücksichtigung der Pen- sionskasse Grillo Funke. Referent: Grillo Funke-Essen.
Essen-Kirchh.-Bulmke. Freitag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr bei Weigede.
Essen-Kirchh.-Püllen. Samstag, den 5. Dezember abends 8 Uhr bei Nachbarschule.
Essen-Kirchh.-Neustadt. Sonntag, den 6. Dezember, vor- mittags 11 Uhr bei Wäntus.
Essen-Westl. (Ortsverwaltung). Sonntag, den 6. Dezember nachmittags 5 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus. Es wird ein Referat gehalten über die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben.
Essen-Decker. Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Kleih.
Essen-Born. (Alteingewerbe). Dienstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Langhoff. Unorganisierte mitbringen.
Essen. Sonntag, den 8. Dez., morgens 10 1/2 Uhr bei Schorob.
Essen-Heim. Sonntag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr Versammlung bei Winkelmann. Besprechung wichtiger Angelegen- heiten.
Essen-Hanfen (Thüringen). Jeden ersten Sonntag im Monat abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Kronprinzen.
Essen-Westl. Dienstag, den 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Wäntenkamp. Referent: Zentralvorstehender Wieber-Duisburg und Bezirksleiter Weindrenner-Hamm.
Essen-Schweln. Sonntag, den 13. Dezember, abends 5 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung, wozu auch die Frauen eingeladen sind. Referent: Kollege Weindrenner aus Hamm. Thema: Was lehrt uns das Unglück auf Bege Radbb. Sämtliche Ortsgruppen des Ortskartells sind eingeladen.
Essen-Bad. Freitag, den 4. Dezember, abends 6 Uhr Unter- richtskursus in Rosenberg bei Schruglmann. — Am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr Versammlung im gleichen Lokal.
Essen-Unterfohren. Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokal „Dirig.“

Starellbeamter gesucht.

Vom christlichen Gewerkschafts-Kartell Düsseldorf soll gemeinsam mit der dortigen Konjum-Genossenschaft „Selbsthilfe“ ein Beamter angestellt werden.